

# Ballstädt-Verfahren darf nicht gefährdet werden

Die Nebenkläger im so genannten Ballstädt-Verfahren haben Klage gegen den Thüringer Verfassungsschutz eingereicht, weil dieser trotz mehrfacher Aufforderung durch das Landgericht Erfurt für das Verfahren benötigte Telefonüberwachungsmitsschnitte nicht übermittelt hat.

Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Wenn wie die Verabredung einer gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung durch Neonazis als Audio-Mitschnitt vorliegt, dieser aber auch mehr als zwei Jahre nach Beginn des Verfahrens und mehrere Monate nach Prozessbeginn dort nicht eingeführt wird, dann ist der Vorwurf einer Aufklärungsverhinderung nachzuvollziehen. Ich erwarte, dass die Behörde schnellstens ihrer gesetzlichen Verantwortung gerecht wird und liefert.“

Mehrere Untersuchungsausschüsse hatten bei der Aufarbeitung von möglichem Fehlverhalten der Sicherheits- und Justizbehörden im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie auf Mängel hingewiesen, weil vielfach der Quellenschutz der Nachrichtendienste eine effektive Strafverfolgung verhinderte. „Dass sich auch nach vier Jahren offenbar nicht viel geändert hat, ist bezeichnend. Bereits nach der geltenden Rechtslage im Thüringer Verfassungsschutzgesetz (§21) müsste der Nachrichtendienst die ihm bekannt gewordenen Daten zur Verfolgung von

Staatsschutzdelikten und Straftaten gegen Leib und Leben auch übermitteln. Eine fest installierte G10-Telefonüberwachungsanlage in den abgeschlossenen Räumen des Amtes für Verfassungsschutz wird sich nach einer Übermittlung der Daten an das Gericht wohl kaum Sorgen um die eigene Gesundheit, Zukunft und mögliche Anfeindungen machen müssen, wie in der Vergangenheit regelmäßig als Begründung im Zusammenhang mit V-Leuten angeführt wurde. Wenn das technische Gerät bereits, nur schwer vorstellbar, von Racheaktionen betroffen sein kann, bleibt fraglich, warum die Mitschnitte trotz der monatelangen Anfragen nicht übermittelt werden.“

Das Allgemeininteresse einer effektiven Strafverfolgung bei solch schweren Straftaten sollte höher wiegen als andere Erwägungen, die aus Sicht von Nachrichtendiensten einer Übermittlung entgegenstehen. „Andernfalls besteht die Gefahr, dass Aufarbeitung, Aufklärung und Entschädigung für die Betroffenen des Übergriffs in Ballstädt verhindert werden und die Täter keine Konsequenzen erfahren, das wäre ein fatales Signal an neonazistische Gewalttäter. Um das Verfahren zu Ende zu bringen, muss der Verfassungsschutz die Daten liefern. „Probleme wie diese machen deutlich, dass die Thüringer Expertenkommission, die sich mit der Notwendigkeit und möglichen Befugnissen eines Verfassungsschutzes beschäftigt, zeitnah eingesetzt werden muss“, so Dittes. ■

## Unterstützung für Camsin e.V.



Evelyn Franke vom Camsin e.V. führte den interessierten Besucher und Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Steffen Dittes, über das ehemalige WGT-Gelände auf der Marienhöhe bei Weimar und stellte ihm die Vereinsarbeit auf dieser Naturfläche vor. Unter dem Motto „Mensch, Tier und Natur – Eine heilsame Begegnung“ planen und gestalten die Ehrenamtlichen des Vereins die Marienhöhe, um dort tiergestützte Angebote zum Beispiel für autistische Kinder und ihre Familien anzubieten. Neben dem therapeutisch begleiteten Tierkontakt gibt es aufgrund der Weitläufigkeit des Ge-

ländes auch immer die Möglichkeit des Rückzugs. Auch gartentherapeutische Angebote werden gemacht. Es ist darüber hinaus für Kindergruppen oder auch Erwachsene gegen einen kleinen Obolus möglich, das Gelände zu nutzen.

Der Camsin e.V. freut sich jederzeit über Unterstützung, sei diese finanziell oder aber auch ganz praktisch, da am Gelände stetig gearbeitet und gestaltet wird. An diesem Tag konnten die Ehrenamtlichen von Camsin e.V. eine Spende der Alternative 54 e.V. von Steffen Dittes entgegennehmen.

Steffie Kosmalksi ■

## Sonder-Ausschuss war heiße Luft

Nach der auf Antrag der CDU angesetzten Bildungsausschuss-Sitzung am 30. Juni hatten sich die teilnehmenden Abgeordneten von Rot-Rot-Grün geäußert. Torsten Wolf Fraktion DIE LINKE:

„Im Bildungsausschuss wurde noch einmal deutlich, dass die Förderung einer Dokumentationsstelle, wie sie von der Landesregierung geplant ist, aktuelle Trends und Forschungsergebnisse sowie lokale und überregionale Entwicklungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit analysieren muss, Standards und Methoden weiterentwickeln und Risikoanalysen erstellen soll, um demokratiefördernde Maßnahmen wirksam zu verbessern und Radikalisierungstendenzen zu erkennen. Genau dieser Zielstellung wird die Amadeu Antonio Stiftung mit ihrem Antrag gerecht.“

Es ist ein durchsichtiges Manöver der CDU, mit Verweis auf vermeintliche Fehler im Förderverfahren die Schließung einer Lücke in Thüringen, nämlich dieser systematischen Dokumentation von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, blockieren zu wollen. Die Landesregierung hat im Ausschuss für Rechtsklarheit gesorgt und umfassend informiert.“

### Kooperationsvereinbarung mit anderen Strukturprojekten

Torsten Wolf, Birgit Pelke, SPD, und Madeleine Henfling, Grüne: „Dass die Gefährdungslage in Thüringen im Bereich der extremen Rechten und der Fremdenfeindlichkeit sehr hoch ist, belegen eine Vielzahl von wahrnehmbaren Aktivitäten, aber auch die Studienergebnisse des Thüringen Monitors und der Mitte-Studie. Die im Konzept der Dokumentationsstelle formulierte Kooperationsvereinbarung mit anderen Strukturprojekten, wie lokalen Aktionsplänen, mobilen Beratungsteams, Opferberatungen, Ausstiegsberatungen und Beratungsangeboten im Bereich von Sport und Feuerwehr, sowie mit dem Kompetenzzentrum Rechtsextremismus an der Uni Jena, schafft weitere Klarheit für eine effiziente Forschungs- und Dokumentationsstruktur in Thüringen. Damit wird eine Leerstelle in Thüringen gefüllt und die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses werden umgesetzt.“ ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Vom Elend der CDU

Das tiefe Elend der CDU Thüringen: Keine eigenen politischen Inhalte (man denke an die Peinlichkeit, sich als größte Oppositionsfraktion ohne Änderungsantrag zum Landeshaushalt 2016/17 durch die Debatte zu mogeln), stattdessen wahlweise jammernd oder auf Krawall gebürstet. Da schreibt etwa ein Bürgermeister und früherer Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion bei Facebook: „Gestern stand bei Ettersburg noch ein Protestplakat gegen die Gebietsreform. Heute ist es weg. Soviel zur Meinungsfreiheit unter #R2G.“ Ein Foto des Plakats hatte der wackere CDU-Funktionär gleich auf Vorrat parat und liefert es bei Facebook mit. Der geschmacklose Text lautete: „Ramelow & Poppenhäger sind der Gemeinden Totengräber! Gebietsreform = Enteignung“. Wer (aus der CDU) das überhaupt behauptet, ging aus dem Plakat nicht hervor.

Sonderlich erfolgreich war der denunziatorische Facebook-Eintrag freilich nicht. Nach einem Tag hatte er gerade sieben Unterstützer, darunter den CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring und einen Vertreter der außerparlamentarischen Opposition, Thomas Kemmerich (FDP). Stattdessen gab es deutlichen Widerspruch: „Totengräber ist bei dem Thema auch etwas unpassend, meinst du nicht?“, schrieb ein User. „Ist der Verantwortliche des Diebstahl bekannt?“, fragte ein anderer und warnte zu Recht vor Unterstellungen. „Der Zusammenhang zwischen einem entfernten (gestohlenen?) Plakat und der Meinungsfreiheit „unter“ #R2G finde ich auch etwas weit hergeholt. Leider drückt genau dies der Kommentar aus“, merkte ein Dritter an.

Ich glaube ja an das Gute im Menschen und denke, der anonyme Feigling, der für das Plakat verantwortlich war, hat selbst die Konsequenzen gezogen. Aus der Erkenntnis, was er für Unsinn verzapft hat. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.